

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Ein Haushaltsposten: Besatzungs- oder Verteidigungskosten?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Ein Haushaltsposten: Besatzungs- oder Verteidigungskosten?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 10, pp. 6-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131191>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Urent zweifellos die Gefahr, daß sich die latente Inflation trotz „deflationärer“ Gegenmittel unter dem Zwang der sozialen Spannungen zu einer akuten Inflation ent-

wickelt. Die gegenwärtige Marktordnung ist zwar durchaus keine „freie“ mehr, sie ist aber auch noch weit davon entfernt, eine „soziale“ zu sein. (h)

Auch in England Lohn- und Preisauftrieb

Aus London:

Auch in England steigen die Preise: Als Auswirkung der Abwertung, die erst jetzt spürbar wird, als Ausstrahlung der Rohstoffhaussse und als Folge der Vollbeschäftigung mit ihrer Minderung von Initiative und Durchschnittsleistung. Auch in England vermindern sich damit Reallöhne und Realeinkommen. Die Regierung ist begreiflicher Weise daran interessiert, einen Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen zu verhindern, indem man entweder die große Zahl der Einkommensempfänger leiden läßt oder aber — wenn man den Einkommensempfängern durch Subventionen, Indexlöhne und Vollbeschäftigung Vorgaben sichert — interne Verzerrungen im Preis- und Kostengefüge zuläßt, die über kurz oder lang die internationale Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen müssen.

Doch über den theoretischen Wunsch hinaus, Nachteile für die Arbeiterschaft und gleichzeitig für die britische Wirtschaft zu vermeiden, hat die Labour-Regierung kein praktisches Programm. Der Labour-Parteitag in Margate hat das erneut bestätigt. Und die Gewerkschaften? Ihre Spitzen-Organisation, der Trades Union Congress, hat keinerlei Vollmacht, eine für die einzelnen Gewerkschaften bin-

dende Lohnpolitik auszuarbeiten und zu beschließen. Eine Zeitlang, bis zum Sommer 1950, konnte man zwar mit der „Empfehlung“ einer Zurückhaltung in Lohnforderungen etliche Erfolge verzeichnen. Doch dann mußte die straffe Leine erheblich gelockert werden. Man beschränkte sich darauf, den angeschlossenen Gewerkschaften „Vernunft“ zu raten und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die einzelnen Gewerkschaften sich im Falle von Lohnforderungen vom T. U. C. „berater“ lassen würden.

Diese Lockerung der Lohnstop-Empfehlung (die übrigens stets die Hintertür für Härtefälle weit offen ließ) beginnt sich allmählich auszuwirken. Einer der kräftigsten Schleusenwärter, der Vorsitzende der Transportarbeitergewerkschaft (und darin Nachfolger von Ernest Bevin), Deakin, hat jetzt selbst für zwei wichtige Gruppen, für die Hafearbeiter und für das Autobuspersonal, Lohnforderungen angemeldet. Für Bergarbeiter, Eisenbahner, Mechaniker und andere wichtige Gruppen laufen bereits Lohnforderungen, für Landarbeiter liegt ein Schiedsspruch mit Lohn-erhöhung vor, gegen den der eingelegte Protest der Farmer kaum durchschlagen wird.

Man könnte vielleicht dennoch erwarten, daß die Labour-Regie-

rung, etwa nach der Rückkehr von Cripps vom dreimonatigen Gesundheitsurlaub, sich zum unpopulären Kurs einer Inflationsbekämpfung auch durch Lohnbegrenzungen doch noch in letzter Minute entschließen könnte, wenn hinter offiziellen Lohnforderungen, wie jetzt von den Transportarbeitern, nicht auch noch ein Wettlauf mit inoffiziellen, kommunistisch inspirierten Agitatoren versteckt wäre. Dieser Druck von links — der in den wilden Streiks der letzten Monate von Londoner Hafearbeitern, Schlachthofträgern, Autobusschaffnern und Gaswerksarbeitern mehr oder weniger verhüllt erkennbar war — kann von den Gewerkschaften allein nur elastisch aufgefangen werden. Ein aktiverer Widerstand müßte politisch sein, also von der Regierung kommen. Doch man ist sich weder über die Zweckmäßigkeit eines offenen Kampfes gegen diese schwer faßbare, unterirdische Wühlarbeit der Kommunisten im Labour-Lager einig, noch hat man in der führenden, regierenden Labour-Schicht genügend Muße und Phantasie, um eine konstruktive Labour-Politik auszuarbeiten, die das Lohn- und Preisproblem meistert.

So steigen denn die Lebenshaltungskosten buchstäblich von Tag zu Tag, auch wenn durch oft recht unwürdige Manöver diese Entwicklung im Indexspiegel teilweise verhüllt wird. Und so treiben denn die einzelnen Gewerkschaften je nach Temperament ihrer Funktionäre schneller oder langsamer in den allgemeinen Strudel der Lohnforderungen hinein. (-n-)

Ein Haushaltsposten: Besatzungs- oder Verteidigungskosten?

London, 13. 10. 50.

Seit Korea und im Gefolge der New Yorker Beschlüsse der drei Außenminister hat sich für den Westen der Sinn der Besatzung Westdeutschlands in fortschreitendem Maße zum Geist der Verteidigung gewandelt. Das gilt besonders auch von dem heiklen Kapitel der Kosten für die doppelte westliche Rolle von Besatzung und Verteidigung. Man spricht in zuständigen britischen Kreisen recht offen darüber, daß manche deutschen Klagen

über zu hohe und oft „vermeidbare“ Besatzungskosten in den vergangenen Jahren nicht ohne Berechtigung waren. Und man ist fest entschlossen, alte Mißstände abzustellen und in Zukunft neue Extravaganzen der Ausgabenpolitik zu vermeiden.

Allerdings hält man es für sachlich gerechtfertigt, daß Deutschland anstatt der Ausgaben für die eigene Verteidigung die für seine Verteidigung durch die Alliierten aufzubringenden Kosten trägt.

Über die Höhe der Lasten, die Deutschland für diesen Zweck zu übernehmen vermag, bestehen anscheinend noch keine sehr klaren Vorstellungen. Zwei Maßstäbe drängen sich den Engländern auf. Der eine ergibt sich aus den eigenen britischen Verteidigungslasten: „Wenn England rund 10 % seines Volkseinkommens für Verteidigung aufwenden kann und muß, so sollte auch Deutschland zu ähnlichen Opfern bereit sein.“ Es wird noch erheblicher deutscher Aufklärungs-

arbeit bedürfen, um dem Auslande klarzumachen, welche beträchtliche außerordentliche Ausgaben der westdeutschen Volkswirtschaft durch die Fürsorge für die nicht-arbeitsfähigen oder nicht im westdeutschen Rahmen unterzubringenden arbeitsfähigen Flüchtlinge entstehen, Ausgaben, die den Vorrang vor jeder anderen deutschen Haushalts-Position beanspruchen müssen, weil es sich um die Erhaltung gegenwärtigen Lebens handelt. Die sichtbaren deutschen Wohlstands-Erscheinungen — und manche für das Ausland unverständlichen Luxus-Erscheinungen! — machen es für Engländer und andere schwerer, ein in den Proportionen richtiges Bild von der wirtschaftlichen Seite des deutschen Flüchtlingsproblems zu gewinnen.

Die bisherige Höhe der Besatzungskosten erscheint manchen Engländer als der zweite — und vielleicht realistischere — Maßstab für die Bemessung des deutschen Beitrags zu den westlichen Verteidigungsaufwendungen für Deutschland. Man hat daher offiziell von britischer Seite bei den anderen Westmächten in Vorschlag gebracht, daß der Weg von der Besatzung zur Verteidigung auch dadurch sichtbar zurückgelegt werden solle, daß man den deutschen Etat von allen „Vergünstigungen“ für die Besatzung, von übermäßig repräsentativen Wohnungen und Büros bis zu den besonderen Mietvergünstigungen, von deutscher Seite zu bezahlendem Dienstpersonal usw. befreien solle, daß man außerdem deutsche Kalkulation in alle von den Westmächten für Besatzung oder Verteidigung unternommenen Arbeiten einschalten und damit — wie man glaubt er-

heblichen — Spielraum für deutsche Finanzierung zusätzlicher Verteidigungstruppen der Westmächte schaffen solle.

Man ist sich in England dabei grundsätzlich im Klaren, daß erstens eine befriedigende Lösung solange nicht gefunden werden kann, als nur Deutschland „europäisch“ ver-

teidigt werden soll, also noch keine Vergleichsmöglichkeiten mit anderen zwischenstaatlichen Finanz-Ausgleichen für Verteidigungskosten gegeben sind, von den psychologischen Ausstrahlungen verbleibender Besatzungs-Empfindungen auf deutscher Seite ganz zu schweigen. (G.)

„Wir wollen eine Brücke bauen - schön!“

Wer die Rivels noch in ihrer alten Form erlebt hat, weiß, daß es sich bei ihrer Darbietung um keine Grotteske, sondern um die Versinnbildlichung des Tragikomischen allen menschlichen Strebens handelte. Wie waren sie alle guten Willens, eine Brücke zu bauen, und wie sehr schien es unmöglich, dieses Werk zu vollenden, weil jeder an einer anderen Stelle begann und nach einer anderen Richtung strebte! Als Apotheose stand sie dann trotz allen Wirrwars plötzlich da: die Brücke — schön!

Wir sind solche Brückenbauer wie die Rivels: möchten gern, bauen überall los, vom Ostufer nach dem Osten, vom Westufer nach dem Westen — und wundern uns, daß die Enden nicht zusammenkommen. Die Brücke muß gebaut werden, weil sie notwendig ist zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz und zur Sicherung des europäischen Friedens.

Es ist eine große Gefahr, daß es Kreise gibt, die meinen, daß jeder Versuch zu solch einem Brückenbau als eine vorzeitige Rückversicherung gegen etwaige künftige Ereignisse zu bewerten sei. Es mag wohl einzelne Leute geben, die bereits heute wieder Vorarbeiten für künftige Entlastungsscheine betreiben. Aber ich glaube, daß es weder für die künftige Entwicklung noch für ihre künftige Errettung von wesentlicher Bedeutung sein kann. Wenn wir glauben, daß jede Möglichkeit ergriffen werden muß, um die Brücke ein Stück voranzutreiben, so darf daraus keineswegs die geringste Bereitwilligkeit gelesen werden, eine von einer Besatzungsmacht oktroyierte Wirtschafts- und Sozialordnung aufzunehmen oder anzuerkennen. Man muß aber die Eigenarten dieses Wirtschafts- und Sozialgefüges kennen, um eine geeignete Brückenkonstruktion zu finden. Zur Aufnahme eines erfolgreichen Wirtschaftsverkehrs müßte beispielsweise eine Organisation geschaffen werden, die — wie ihre innere Struktur auch immer sein mag — nach außen hin mit der gleichen Souveränität und Zielstrebigkeit arbeiten kann wie eine offizielle Handelsorganisation eines autoritären Regimes.

Solche Brückenbauversuche können die innere Struktur unserer eigenen Wirtschafts- und Sozialordnung weder diskreditieren noch unterminieren. Wenn wir uns unserer eigenen Ordnung sicher sind, können wir die Brücke bauen, ohne das Übergreifen fremder Ideologien fürchten zu müssen. Um aber der Ordnung sicher sein zu können, müssen wir dafür sorgen, daß diese Ordnung den sozialen und wirtschaftlichen Erfordernissen entspricht. Vielleicht steht auch einmal als Apotheose eine fertige Brücke da, die aus dem Wirrwarr entstanden ist: Wir wollen eine Brücke bauen — schön!

(sk)

Dr. C. Kapferer, Hamburg

Die europäischen Marktforschungsinstitute tagten in Rapallo

In der Zeit vom 12. bis 15. September 1950 tagte in Rapallo die dritte Jahresversammlung der EUROPEAN SOCIETY FOR OPINION SURVEYS AND MARKET RESEARCH (ESOMAR) erstmalig mit deutscher Beteiligung. Vertreten waren 8 Staaten mit 45 Teilnehmern. Die Gesellschaft sieht ihre Aufgabe darin, unter den europäischen Marktforschungsinstituten Kontakt zu pflegen, gemeinsame berufliche In-

teressen zu fördern und durch die Verpflichtung der Mitglieder an die Innehaltung gemeinsamer Berufsgrundsätze die betriebswirtschaftliche Marktforschung auf einem hohen internationalen Niveau zu halten. Die Berufsgrundsätze betreffen vor allem die Objektivität der Arbeitsweise und die Offenheit dem Auftraggeber gegenüber hinsichtlich der angewandten Arbeitsverfahren.